

POLITIKUM

EDITORIAL

„Wir schaffen das“ war der wohl meist zitierte Satz von Kanzlerin Angela Merkel im Jahr 2015. Knapp eine Million Asylsuchende sind im vergangenen Jahr nach Deutschland eingereist. Und nicht zufällig erinnert der Ausspruch Merkels an Obamas Credo „Yes, we can“ zu Beginn seiner Amtszeit. Die Bilder vom Münchner Hauptbahnhof, an dem die Geflüchteten von Einheimischen mit Luftballons und Geschenken willkommen geheißen wurden, dominierten wochenlang die Medien – es herrschte Ausnahmezustand. „Mit ihrer Entscheidung, syrische und andere Geflüchtete nach Deutschland weiterreisen zu lassen, wurde Angela Merkel zu einer herausragenden europäischen Figur – auf gleicher Höhe mit dem Nachkriegsgiganten Konrad Adenauer, mit Helmut Schmidt und Helmut Kohl“, schrieb Roger Cohen, Deutschlandkorrespondent der New York Times kurz vor Weihnachten des letzten Jahres.

Der anfänglichen Euphorie folgte bei vielen Akteuren sehr schnell die Ernüchterung. „Es ist gut, dass die nationale Politik des Durchwinkens beendet wurde“, schreibt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium Ole Schröder im vorliegenden Heft – in seiner Replik bemängelt Andreas Lipsch von Pro Asyl ein „Rollback auf ganzer Linie“.

Warum flüchten immer mehr Menschen? Wie reagiert die Politik auf die Herausforderungen, die sich dadurch auf allen Ebenen des politischen Systems stellen? Findet die EU eine gemeinsame Regelung, welche Menschen aufgenommen werden und wie sie innerhalb der EU verteilt werden? Gelingt es, einen „gesamteuropäischen Marshall-Plan für die Bewältigung der Flüchtlingskrise“ zu entwickeln, wie dies Entwicklungsminister Gerd Müller fordert? Warum ist die Bundesrepublik Deutschland zum vorrangigen Ziel globaler Fluchtbewegungen geworden und wie geht sie mit den Geflüchteten um? Welche Teilhaberechte können ihnen in unserem Sozialstaat zugestanden werden? Wie meistern die Kommunen die Aufgaben der Unterbringung und der Integration in Schule bzw. Arbeitsleben? Was kann die Bildungspolitik leisten? Doch nicht nur die Politik steht vor großen Herausforderungen, sondern auch die Zivilgesellschaft. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger tragen mit ihrem Engagement dazu bei, Integration zu ermöglichen – auch sie kommen in Form fünf kurzer Interviews in diesem Heft zu Wort.

Bündnis 90/Die Grünen fordern in ihrem Fraktionsbeschluss vom Januar 2016 den „Schritt von der Willkommenskultur zur Willkommensinfrastruktur“ – ob und wie uns dieser Schritt gelingt, ist das Thema des vorliegenden Hefts von [POLITIKUM](#).

Peter Massing



Kerstin Pohl





Seite 4

Schwerpunkt

Gewaltmigration im frühen 21. Jahrhundert

Eine globale Flüchtlingsfrage stellt sich seit Jahrzehnten. Erst jüngst betrifft sie Europa stärker. Die europäische Politik reagiert darauf zunehmend mit Abwehrmaßnahmen und Abschottung. Der Beitrag klärt die Hintergründe dieser Entwicklung und ordnet sie in den globalen Kontext ein.



Seite 16

Schwerpunkt

EU: Keine Kooperation in Sicht

Die EU steht angesichts des Zustroms von Flüchtlingen vor einer großen Herausforderung. Die bisherigen Instrumentarien versagen und eine tragfähige Lösung zur gerechten Verteilung der Geflüchteten unter den Mitgliedstaaten ist nicht in Sicht. Ist die europäische Integration gefährdet?



Seite 30

Schwerpunkt

Bewegung auf allen Ebenen

Liberalen Demokratien brauchen offene Grenzen und müssen Menschenrechte achten – auch die der Geflüchteten. Sie müssen ihren eigenen Bürgerinnen und Bürgern aber auch exklusive soziale und politische Rechte einräumen. Wie verhält sich die Bundesrepublik Deutschland in diesem Spannungsfeld?



Seite 38

Schwerpunkt

Kommunale Flüchtlingspolitik

Die Asylsuchenden stellen die Kommunen vor große Aufgaben. Unterschiedlichste Politikfelder sind betroffen. Zur Lösung der diversen Probleme haben die Kommunen vielfältige Handlungsansätze entwickelt.



Seite 50

Schwerpunkt

Bildungspolitik als Integrationspolitik

Bildung ist der Schlüssel zur Integration und zum sozialen Aufstieg. Darüber besteht in Politik und Gesellschaft weitgehend Einigkeit. Welche Aufgabe hat dabei die Bildungspolitik und was muss konkret getan werden?



Kurzinterviews

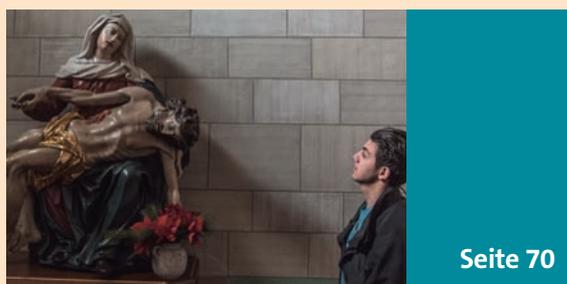
Fünf Menschen, die mit Geflüchteten arbeiten, beantworten Fragen zu ihren Erfahrungen.



Pro & Contra

Flüchtlingspolitik der Bundesregierung

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium stellt die Leitlinien der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung dar – der Vorsitzende von PRO ASYL hält diese Politik für kurzfristig und sieht darin eine Aushöhlung des Flüchtlingssschutzes.



Forum

Muslime und Zuwanderung

Flucht, Migration und Asyl sind Stichworte, die aktuell die politische Diskussion in Deutschland prägen. Neben der Hilfsbereitschaft nimmt aber auch die Tendenz zu Ausgrenzungen bis hin zur Gewalt gegen Flüchtlinge und ihre Unterstützer zu. Was kann und sollte die politische Bildung tun?

Fluchtziel D

Jochen Oltmer

Flucht und Flüchtlinge. Hintergründe, Muster und Folgen von Gewaltmigration im frühen 21. Jahrhundert 4

Natascha Zaun

Europäische Flüchtlingspolitik: Keine Kooperation in Sicht 16

Hannes Schammann

Bewegung auf allen Ebenen. Migration und Flucht fordern Deutschland heraus 30

Jutta Aumüller

Von der Massenunterkunft ins Grandhotel. Handlungsspielräume und Innovationen kommunaler Flüchtlingspolitik 38

Natascha Kohnen

Bildungspolitik als Integrationspolitik? – Selbstverständlich 50

Pro & Contra

Ole Schröder

Die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung: Unser Asylsystem muss glaubwürdig bleiben 59

Andreas Lipsch

Rückfall in die Kurzsichtigkeit 64

Forum

Sabine Achour

Muslimen sollte die Zuwanderung untersagt werden? Politische Bildung, Flucht und Migration: eine Herausforderung 70

Rezensionen

Bücher zum Thema 76

Das streitbare Buch 84

Literaturtipps

Nachruf Ursula Buch 85

Impressum 88